

Dresdner Volkszeitung

Postleitzettel: Dresdner Volkszeitung
Geb. & Rumpf, Nr. 2613. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Sanktions: Geb. Strehl, Dresden.

Aboverrechnungspreis einschließlich Bezugserhalt monatlich 2.00 M. Durch
die Post bezogen vierzehntäglich 0.00 M., unter Freimarkt für Deutschland
und Österreich-Ungarn 0.00 M.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Berliner Platz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Spedition: Berliner Platz 10. Tel. 25261.
Beschäftigungszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: je 7 geballte Komparateile 90 Pf., Familienanzeigen
70 Pf., die Sprechstunde 3 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Rabatt.
Unterlate sind im voran zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an den
geführten Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefüberleitung 20 Pf.

Nr. 265

Dresden, Sonnabend den 15. November 1919

30. Jahrg.

Neue Arbeit in Berlin

Die Nationalversammlung tritt am nächsten Samstag wieder zusammen. Sie will vor den Reichstagswahlen ein großes Arbeitssumma bewältigen. Die Sicherheitsgesetz und das Gesetz über die Betriebsräte sollen bis dahin erledigt werden. Nach den Reichstagswahlen will man die Wehrmacht neu ordnen, bis zum Abschluss der deutschen Reichsverfassung warten. D. h. vor allem die Gesetze über die Wahl des Reichspräsidenten, die nach der Verfassung in direkter Volksabstimmung erfolgen soll.

Auch Erledigung dieser Gesetzesarbeiten wird die Zeit erfordern, in der die Nationalversammlung ihre Funktion erfüllen kann und sich auflösen kann. Die Wahlen zum ersten gewählten Reichstag der deutschen Republik wären dann zum Ende des nächsten Jahres zu erwarten.

Die Reichsabstimmung des Gesetzes über das Reichsabstimmrecht wird in einer Beziehung nicht geringe Schwierigkeiten bieten. Die Grundzüge des Gesetzes sind allerdings schon in der Verfassung festgelegt: Wahlberechtigt sind alle Erwachsenen männlichen und weiblichen Reichsbürgerrechten, und die Verteilung der Mandate ist nach dem Verhältnissystem zu erfolgen. Außerdem steht zur Abstimmung dieser Bestimmungen etwas sehr wichtiges noch nicht fest, nämlich wer Reichsangehöriger ist. Die endgültige Feststellung darüber wird erst nach den erfolgten Volksabstimmungen in Schleswig-Oberholstein usw. von der Entwickelungskommission getroffen werden. Daß die Volksabstimmungen bis zum Ende des Reichsabstimmrechts abgeschlossen sein werden, ist nicht zu erwarten, denn der Friedensvertrag ist noch gar nicht in Kraft getreten, die in ihm vorgenommenen Reformen noch nicht zu laufen begonnen, und für Geschlechter betrifft die Recht, innerhalb dieser die Volksabstimmung vorzunehmen ist, noch bis aufs letzte Monat. Das neue Sicherheitsgesetz wird also fristiglich das Gebiet, worin es gilt, wieder ein Provisorium sein können.

Bei dem Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten wird die wichtige Entscheidung zu treffen sein, ob die Wahl nach absoluter oder nach relativer Mehrheit stattfinden soll. Erfolgt die Wahl nach relativer Mehrheit, so muß man damit rechnen, daß bei der Kabinettswahl zur Wahl eines verhältnismäßig kleinen Wahlganges zum Reichspräsidenten ausreicht wird, und das ist ungewiß der immerhin recht erheblichen Machtstärke die die Verfassung dem Präsidenten einräumt, seine schweren Bedenken. Und zwar die Wahl mit absoluter Mehrheit vorgenommen, dann in eine Gleichheit mit ihren wenig erfreulichen Händeln zwischen den Parteien unvermeidlich, und der künftige Präsident gerät in Gefahr, in diese nicht immer ganz reine Abstimmungen als Unbeständigkeit mit hineinzugreifen zu werden. Dagegen dienen beiden Nebeln wird die Nationalversammlung zu wählen haben. Bei ihrem Zusammenschluß wird sie dem Reichstag aus alle Fülle eine ganze Reihe von Arbeiten hinterlassen, die der zielgebenden Kürzerkeit durch die Verfassung auferlegt sind. Die Verfassung verneint in vielen ihrer Artikel auf Kürze zu erlaufende Reichsrechte, und es wird Seele der Regierung sein, zu entscheiden, welche dieser Rechte noch ein längeres Worten benötigen und welche noch vor der Nationalversammlung zu erledigen sind. Hier kommen in einer Reihe die Rechte über die Bergarbeiterrechte und den Reichswirtschaftsrat, über den direkten Volksentscheid und über die Ausübung des Artikels 48 der Verfassung in Betracht.

Die Nationalversammlung will vorläufig, wie schon gesagt, nur das Gesetz über die Betriebsräte verabschieden, wobei es über das Recht des Betriebsrats, in die Geschäftsführung Einsicht zu nehmen, noch zu sehr labhaben Auseinandersetzungen kommen dürfte. Die Begehung über die wirtschaftliche Räteorganisation wird aber ein zusammenhängendes Ganze, und es ist schwer, ihre Fortsetzung einem Reichstag anzutrauen, der auf die Theorie einer ganz anderen Zusammenfassung haben könnte, als die Nationalversammlung.

Das angekündigte Gesetz über den Volksentscheid ist ein wesentlicher Bestandteil der Verfassung selbst, solange es nicht beschlossen ist, bleibt dem Volke das ihm in der Verfassung zugesetzte Recht der direkten Regelegebung vorerhalten. Die Verabsiedlung dieses Gesetzes kann daher unmöglich auf die lange Bank gesetzt werden.

Der Artikel 48 der Verfassung gibt dem Präsidenten, natürlich seiner Verantwortung der Regierung, das Recht, im Falle einer ernsten Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die persönlichen Freiheitsgarantien zeitweilig aufzuheben. Die Ausführung auch dieses Artikels ist einem zu erledigenden Gesetz überlassen. Solange Wilson fehlt, dient das alte preußische Gesetz über den Belagerungsstand als Vorschrift. Es ist zweifellos eine argo Ausmalung, daß ein Gesetz aus der schändlichen preußischen Realpolitik dazu herstellen muß, die freiheitliche Verfassung der deutschen Republik zu verhindern. Auch hier ergibt sich also die Notwendigkeit, sobald wie möglich ein neues Gesetz zu erlassen.

Die Nationalversammlung darf die Zeit, die sie weiter läuft, nicht über Gebühr ausdehnen, sie darf sich aber ebenfalls im Aufenden, die sie durch den Vertrag der Verfassung zugewiesen sind, begleiten. Jedenfalls hat sie noch vor ihrer Auflösung eine gewisse Arbeitslosigkeit zu erledigen, und besondere parlamentarische Räume werden dabei nicht ausbleiben. Sie werden schon in den Tagungsabständen für Belehrungen, bei der Verhöhung des Sicherheitsgesetzes und des Betriebsrechts eingesetzt. Die bisherigen Erfahrungen lassen aber die Erwartung kaum, daß es gelingen wird, bestehende Gegebenheiten

zu überbrücken und weiter positive Arbeit zu leisten. Auf diese Weise kommt es an, und wenn sich die weitere Arbeit der Nationalversammlung in dem blödigen Rahmen bewegt, wird sie vor der Geschichte in Ehren bestehen können.

Brennende Fragen

Vichon, der französische Minister des Auswärtigen, bat sich nach London ab, um Rücksprache mit den englischen Regierungsmitgliedern zu nehmen. La Croix de Paris heißt die Bedeutung der Besprechung hervor und fügt hinzu, daß die wichtigsten Fragen der Beratung folgende sind:

1. Die Ratifizierung des Friedensvertrages im amerikanischen Senat, die man als nicht zweckmäßig betrachtet.

2. Die Politik der Alliierten in Rußland. Weder Frankreich noch England werden neue Opfer bringen, um die eigenen noch ihr wichtigen Monate verschwendete Regierungstruppen, die gegen Bolschewiki kämpfen, zu verzögern. Daher werden diese beiden Mächte keine Schritte unternehmen oder Unterschreibungen entnehmen, die geeignet wären, den Bolschewismus zu stärken.

3. Die Haltung der Alliierten gegenüber der Tschechoslowakei. Die gemeinsame Politik Englands und Frankreichs geht davon, alle militärischen Gegenden vor der thüringischen Grenze zu befreien. Die gegenwärtige Tendenz ist, daß der gegenwärtige Kriegstaat in Konstantinopel zu befreien, wobei die österreichische Regierung einer zielhaften und sorgfältigen Kontrolle unterstellt wird, um eine zielhafte Macht herzustellen, die jedoch aufzusteht ist, den Nachbar über militärische Interessen zu schützen. Bei allen Problemen, die besprochen wurden, wurde vollständige Übereinstimmung zwischen den beiden Regierungen festgestellt.

Wirtschaftsfragen

Zürich, 15. November. Nach Meldungen vor der italienischen Grenze tagt der internationale Wirtschaftsrat, an dem italienische, englische und französische Delegierte teilnehmen werden, vom 21. bis zum 23. November in Rom. Zur Verhandlung kommen alle überwiegenden Fragen der Rohstoff-, Kohlen- und Nahrungsmittelversorgung der verschiedenen Länder. Auch die Verproprietierung Österreichs soll geregelt werden.

Die Abstimmung in Schleswig

Holstein, 15. November. Der Kopenhagener englische Gesandte und Vorsitzende der Internationalen Schleswig-Organisation Martin erklärte einem Vertreter von Politiken, daß die beiden englischen Offiziere, die fristiglich noch

denkburg gekommen waren, nicht im Auftrag der Kommission handelten, sondern vermutlich von Köln aus ihre Befehle erhalten hätten in der Meinung, daß die Ratifizierung des Friedensvertrages am 11. November erfolgen werde. Auch die Kommission hätte ihren Kriegsschiffen den Befehl gegeben, an jedem Tage nach Norddeutschland zu fahren, als im letzten Augenblick alles umgeworfen wurde. Die Ratifizierung würde nur für den 30. November erwartet, so daß die Abstimmung in der ersten Zone etwa *zwischen Weihnachten und Neujahr* erfolgen wird.

Die Reise nach Washington

Berlin, 15. November. Wie die P. P. R. hören, wird die deutsche Delegation zur internationalen Arbeiterversammlung in Washington Sonntag die Ausreise nach den Vereinigten Staaten über Bergen (Norwegen) antreten.

Englands Bergarbeiter für Verstaatlichung

Otag, 15. November. Der Daily Telegraph meldet: Der Gewerkschaftsverein und der Ausschuß der Bergarbeiter bilden eine Konferenz ab zur Vorbereitung eines großen Heiligtums für die Verstaatlichung der Bergwerke. Es wurden vor allem die Mittel untersucht, mit denen die Verstaatlichung der Gruben ermöglicht werden könnte. Ferner wurde festgestellt, daß die Propaganda für den Eisenbahnerstreik jetzt weniger als 100.000 Pfund (etwa 8 Millionen Mark) gefestigt hat. Der außerordentliche Gewerkschaftsverein findet am 9. und 10. Dezember statt.

Warum sie nicht kommen

Vom 25. September bis 18. Oktober haben deutsche Soldverbindungsmissionen Besichtigungsbücher in den seitigen Gebieten Frankreichs gemacht, um einen allgemeinen Eindruck von den tatsächlichen Verhältnissen sowie von den Wiederbelebungsarbeiten zu gewinnen, an denen sich Deutschland beteiligen konnte. Der erststelle Soldverbindungsbericht wird in der Deutschen Allg. Blg. mitgeteilt. In allen Fahrten wurden zahlreiche deutsche Kriegsgefangene bei der Arbeit gefangen. Deutschland hat, wie die genannte Zeitung schreibt, durch die Kriege seinen Willen zum Nutzen gebraucht, nach Kräften am Wiederaufbau des zerstörten Gebietes mitzuwirken.

In einer von den freien Gewerkschaften in Köln veranstalteten Versammlung wurde nach der Feststellung, daß augenblicklich in Nordostfrankreich 250.000 deutsche Kriegsgefangene beim Wiederaufbau beschäftigt seien, eine Entschließung angenommen, nach der sich die deutschen Arbeiterschaft bereit erklärt, die Kriegsgefangenen durch freie Arbeit abschaffen und tatsächlich am Wiederaufbau des zerstörten Frankreichs mitzuwirken.

Zwecklose Entlastungsversuche

In der Sitzung des Unterhauptsausschusses vom 25. Februar zu lebhaften Auseinandersetzungen. Genosse David hatte der alten Regierung, besonders dem Staatssekretär Zimmermann, Allopatität vorgeworfen, was bei diesem Herrn höchste Entrüstung erreichte. Dieses Gemüe kann natürlich nur einen sonderlichen Eindruck machen, da durch die Aussagen des Herrn Bernhard festgestellt worden ist, daß Herr Zimmermann im Dezember 1918 die Partei absichtlich falsch orientiert hat. David stützte seinen Vorwurf dann auch darauf, daß dem Reichstag der Telegrammwechsel zwischen der deutschen Regierung und Bernstorff nicht bekanntgegeben und so die Vertreter des deutschen Volkes in der Größe des U-Bootkriegs hinters Licht geführt worden seien. Das ist ja überhaupt das Elend unserer Kriegspolitik gewesen. Man wollte dem Reichstag nicht zu viel Einfluss eintäumen und deswegen hat man ihn über die wahren Absichten der Regierung immer wieder im Dunkeln gelassen. Man denkt vor allen Dingen an den glorreichen Herrn Michaelis, der den Reichstag planmäßig an der Rose herumfuhr. So gehörte nun einmal zum System der altdeutsch-deutschen Regierungskunst, daß man das Bläßgute den gewählten Vertretern des Volkes immer nicht erzählte und sie möglichst vor vollendete Tatsachen stellte.

Herr Helfrich, dessen Verantwortung gestern fortgesetzt wurde, fand das Verhalten der deutschen Regierung während des Krieges mit dem Hinweis darauf zu entkräften, daß Wilson nicht wollte und nicht instand gewesen wäre, das zu tun, was er hätte tun müssen, um den Krieg zu beenden. Richtig ist, daß Wilson wahrscheinlich dem Kriege ein Ende machen könnte, wenn er die amerikanische Munitionslieferung für die Alliierten verhindert oder wenn er gegenüber den Blockadeaufnahmen Englands auf der Bedrohung der völkerrechtlichen Verhältnisse bestanden hätte. Aber Wilson hätte dazu nicht die Worte: In Amerika herrschen die Herren vom Großkapital und die leben den Krieg vor allen Dingen unter dem Standpunkt des Gewinns an. Dieses Kriegsrecht wegen hätten sie nie gegen das Gedächtnis von einem Wilson nicht verderben lassen. Das amerikanische Großkapital trägt ja zweitlos einen guten Teil der Schuld daran, daß dem Kriege nicht bald ein Ende gemacht und so unendlich viel Unglück vermieden wurde. Wir haben keine Illusion, diesen Umstand zu verschleiern. Wie ist es was einzutragen, zu behaupten, daß nur in Deutschland Leute sitzen, die an unsrer Katastrophe schuld sind. Aber mögen die Helfrich und seine Konföderation sowiel Mitschuldige suchen und finden, wie sie wollen, damit wird ihre Schuld nicht um einen Deut geringer. Gerade, wenn sie wissen, daß sie viele Widerstände zu überwinden warden, um zu einem Frieden zu kommen, hätten sie die Kündnis des Friedens nicht vermehren dürfen, indem sie eine ewig zweideutige Politik trieben und verhinderten, daß Deutschland sich klar und entschieden auf den Standpunkt des Verständigungskriegs stelle.

Helfrich hat gestern gesagt, es habe für Deutschland nur die Wahl gegeben: Erfolgreich Frieden oder zukünftigen Untergang. Was verstanden über die Herren unter einem ehrlosen Frieden? Einen Frieden, bei dem Deutschland nicht als Sieger erscheint und die deutschen Generale nicht triumphieren in Berlin einzuziehen könnten. Sie hatten auf der einen Seite Angst vor den alldämmten Schrecken, auf der andern Seite aber auch Angst vor der Wehrheit des Volkes. Wußte man doch fürchten, daß die Massen des deutschen Volkes recht ungemein werden, wenn sie sich erst einmal darüber klar geworden warden, wie nutlos wir durch die Unfähigkeit unserer Herrschenden in den Weltkrieg hineingesetzt wurden. Da sollte das Volk in einen Ziegelmuseum verkehrt werden, damit dadurch die Stimmen unbekannter Männer erwidert würden. So haben die Männer, die in den verhängnisvollen Tagen des Dezember 1916 und Januar 1917 in Deutschland am Ruder standen, das gefährliche Spiel mit dem unbekannten U-Bootkrieg begonnen, das sie ja gründlich verloren haben. Jetzt haben wir wirklich einen Frieden, der, um in dem Sorgen der Herrschenden zu reden, ehrlos ist. Wenn die Leute ernsthaft bestreiten, daß im Jahre 1916 ein Friede für Deutschland zu erreichen gewesen wäre, der sicher weit lange nicht so vollständig und dauerhaft war, das deutsche Volk gewesen wäre, wie der von Jahre 1919. Aber die Endenderff und Helfrich hatten nicht den Willen,

Sonntagsblatt des 15. November 1919

Dresdner Volkszeitung

und dem deutschen Volle die Wahrheit einzugeben, nämlich, daß ein Deutschtank in diesem Kriege einen Sieg, wie sie ihn wollten, nicht erringen könnte, und darüber haben wir unser Land in einen so furchtbaren Abgrund geführt.

Hessischer Vernehmung

Berlin, 14. November. Vor dem Reichstag wurde heute vorzeitig anlässlich der bevorstehenden Vernehmung Hinterwings und Lüdersreis vor dem Auslandsausschuß eine Abstimmung von Studenten, Schülern und Schülerinnen statt, die mit überwältigendem Rausch abgestimmt hatten: „Während wir bewußt waren, daß der Unterhändlerherrschaft heute noch nicht in die Vernehmung der beiden Deutschen eingetreten wäre, schreibt sich der Verteilungskampf unter Führung vaterlandsliebender Männer.“

All den Beiträgen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses korrespondierende Vernehmung des früheren Staatssekretärs Dr. Hessischer saßte dieser aufeinander, wozu er seine Meinung nach dem Ende des Weltkrieges gründet und sich durchsetzen für den U-Bootkrieg im Januar 1917 ausgesetzt habe. Die Erwiderungsrede des Sprechers stand in einem der unangenehmen und tödlichen Gewebe. Das Werk von der Weltkunst und Kunst kann es nicht. Die Freiheit kann es nicht tragen. Durch England die Sozial-Politik bewegen, ginge keine Politik immer mehr zurück. Die Freiheit des U-Kreuzers seien nicht mit großer Wahrhaftigkeit in Aussicht, daß die Erfolgsregierung des Deutschen habe überredet werden müssen, nach einer erdrückenden Entscheidung die englische Schiffahrt um 45 Prozent eindrohen. Man könne von dem unbedeutenden U-Bootkrieg erzählen, England noch überbietet an der Menge seiner Wirtschaft zu lassen. Als v. Helmstatt-Wallwitz mit am 12. Januar bis am 9. Februar in Potsdam eine Einschätzung des U-Bootkrieges übertrug, das war ich auf diese erschüttert, ich hieß sie in dem Augenblick, da mir die Freiheit noch nicht abgedrohten, mit einem Fehler. Mein Fehler war, durch Änderung von meinem Amt meine Verantwortung an dieser Einschätzung abzuweisen. Ich hatte mir die Zeit verschwendet, ob ich den jetzt bestehenden U-Bootkrieg in den Augen der Verbündeten, des eigenen Volkes und unserer Freiheit zu bedenken wollte durch eine Demonstration, die sehr geringe Erfolge geweisen hätte, ich sei gehoben. Ich hätte die Schuld auf mich geladen, die ich mittel der Deutschen überließ, die hier in diesem Saale am 17. Juli der Kriegsleitung in den Händen verfallen sind. (Große Unruhe bei den Auskühlern.) Der Verteidiger riet diese Vernehmung entstehen zu lassen.

Die Entschließung war also gefallen. Und auch nur die Wahl, um zu untersuchen oder das Lebe zu wissen: ein oder keinen Frieden oder zukünftiges Unternehmen. Ich müßte nicht reden, hier nach vor einer internen Union, mich darum zu erfreuen, daß ich am 9. Januar der Erste dringend für den U-Bootkrieg überredet habe. Ich übernehme vielleicht dafür die moralische und politische Verantwortung. Die weiteren Ereignisse bekräftigen die Nichtigkeit meiner Aussicht über Amerika. Gleichwohl habe ich auch den ersten Bericht bis zum 28. November nicht ungenügt erhalten. So erfuhr ich unter Telegramm nach Amerika vom 28. November, daß zu seinem Empfang gestellt hat, Wilson beschreibe die ihm übermittelten makroökonomischen Kriegerbedingungen streng für falsch, so daß wir der Welt weitschein als die Kriegsherrn, Annexionisten und Körversänder geltten. In seinen weiteren Ausführungen kam Redner auf die Aussicht des Reichsmarschalls Dr. Goedtke am vergangenen Sonntag auf, in der die U-Boote, daß der Reichstag in der Frage des U-Bootkrieges hinter dem Kriegsamt zurückgewichen sei und man an Wilson einen plumpen Vertrag verfügt habe. Die Kritik an Redner, David Schmitz, Stellen aus Goedts Buch gegenüber, in denen Goedtke v. Helmstatt-Wallwitz als den Mann beschreibt, mit dem an der Erste Weltkrieg zum Frieden kommen könne, den die ganze Welt freut und wegen seiner Erfahrung arbeite. Hier entstand bei den Auskühlern wieder große Erregung, während der Sprecherraum bestellte. Der Verteidiger bat, nicht die Frage, so daß wie der Verteidiger alle die Kriegsherrn, Annexionisten und Körversänder geltten. In seinen weiteren Ausführungen kam Redner auf die Aussicht des Reichsmarschalls Dr. Goedtke am vergangenen Sonntag auf, in der die U-Boote, daß der Reichstag in der Frage des U-Bootkrieges hinter dem Kriegsamt zurückgewichen sei und man an Wilson einen plumpen Vertrag verfügt habe. Die Kritik an Redner, David Schmitz, Stellen aus Goedts Buch gegenüber, in denen Goedtke v. Helmstatt-Wallwitz als den Mann beschreibt, mit dem an der Erste Weltkrieg zum Frieden kommen könne, den die ganze Welt freut und wegen seiner Erfahrung arbeite. Hier entstand bei den Auskühlern wieder große Erregung, während der Sprecherraum bestellte. Der Verteidiger bat, nicht die Frage,

Dr. Goedtke aus, wieso der Reichstag nach seiner Aussicht blödlinge ins Verhängnis geriet worden sei. Wenn er den Reichstagmedaille zuführen, um dem Reichstag und dem Auswärtigen Amt bekannt hätte, so hätte er seine Verantwortung wahrscheinlich nicht mehr gehabt und seine Partei würde damals vielleicht auch zu weitergehenden Wechselseiten gekommen sein. So wurde der Kriegsamt erneut, daß wirte v. Helmstatt den Krieg mit Amerika gerade probiert habe, und das sei der schwere Auftrag, die er ertrage. Der Reichstag und das deutsche Volk würden sich ganz anders gefühlt haben. So seien sie mit verbundenen Füßen in das Kriegsamt erklungen. Die lebensmüder Erregung wendet sich v. Helmstatt-Wallwitz gegen die Kritik an Redner, den Reichsmarschall, dessen Anfang an Schwere und Gedanke war nicht überhaupt vorhinkommen. Es lasse diese Anfrage nicht auf sich legen und beurteile, daß sich der Reichstag in ein so därflicher Schlußfolgerung stellte, daß er die Art und Weise nicht aufziehe, wie er sich den Anteil des Reichs am Krieg erklungen habe.

Verteidiger: Warum? Über die Auflösung des Reichstages bin ich noch nicht unterrichtet, doch geht meine persönliche Auf-

lassung darin, daß es nicht zu den Aufgaben des Reichstages gehört, sich ein Urteil in die Meldung zu legen. Der Ausdruck hat nur Tatsachen einzustellen, wie das Herr v. Helmstatt-Wallwitz, wortwörtlich als seine Aufgabe bezeichnet hat. Wir können also diesen Appell nicht aufnehmen. v. Helmstatt-Wallwitz ist sicher darauf, möglichst im Namen des Auslands festzustellen, daß Dr. Goedtke nichts imstande sei, durch so die Ausschüttungen der Erneuerung des Auslands irgendwie vorzugreifen. Es dient, daß das mit aller Sicherheit erfüllt werde.

Der Reichsminister Dr. David: Der Vorwurf einer illegalen Politik habe ich in einer Note an die Abteilung des damaligen Reichsministers des Auswärtigen Amtes gerichtet (Saisonbericht a. D. Dr. Zimmermann sprach erregt aus), der am 10. Dezember der Freiheit vermeintlich mindeste, daß wir unser Friedensschutz nur möglichen, nur einer Friedenspolitik zuvertrauen. Das war ein illegaler Vorwurf. (Dr. Zimmermann ruft sehr erregt: „In der Weise werden wir hier öffentlich angeklagt.“) Und Verhältnis Dr. Zimmermann ist die Grundlage für den Vorwurf einer illegalen Politik, und ich halte es für möglich, daß Herr v. Helmstatt-Wallwitz dies zu tun versucht. Aber Wilson ist ja zu keinem Zweck eine illegale Politik nicht treiben wollte, davon bin ich überzeugt, daß Amerika den Friedensschutz mit Absicht in die Schilde ließ, um ihn nach Belieben jedem Angreifer wieder herzugeben, um den Wilson auf den Boden des Auslands zu treten. Wieder Wilson auf den Boden des Auslands werden, hierauf werden die weiteren Verhandlungen auf Sonnenwend früh verzögert.

Dr. Goedtke erklärte, daß er Herrn Dr. Hessischer die Antwort auf seine Anfrage nicht förmlich ablehnen werde. Nachdem im Vorberatungssaal die Befragten zu der Mitteilung, daß wenn die Rundgebungen nicht unterbleiben, es zur Räumung schreiten werde.

In seinen weiteren Darlegungen kam Dr. Hessischer dann noch auf die Wirkungen des U-Bootkrieges auf England zu sprechen, das geangriffige Maßnahmen zur Selbstbehauptung der Revolution eingetragen habe. Er habe seit den Gewalten jüngst gewiesen, daß der U-Bootkrieg in wenigen Monaten zum Erfolg seiner Wirtschaft zu führen. Als v. Helmstatt-Wallwitz mit am 12. Januar bis am 9. Februar in Potsdam eine Einschätzung des U-Bootkrieges übertrug, das war ich auf diese erschüttert, ich hieß sie in dem Augenblick, da mir die Freiheit noch nicht abgedrohten, mit einem Fehler. Mein Fehler war, durch Änderung von meinem Amt meine Verantwortung an dieser Einschätzung abzuweisen. Ich hatte mir die Zeit verschwendet, ob ich den jetzt bestehenden U-Bootkrieg in den Augen der Verbündeten, des eigenen Volkes und unserer Freiheit zu bedenken wollte durch eine Demonstration, die sehr geringe Erfolge geweisen hätte, ich sei gehoben. Ich hätte die Schuld auf mich geladen, die ich mittel der Deutschen überließ, die hier in diesem Saale am 17. Juli der Kriegsleitung in den Händen verfallen sind. (Große Unruhe bei den Auskühlern.) Der Verteidiger riet diese Vernehmung entstehen zu lassen.

Dr. Hessischer erklärte anschließend, daß er diesen Saal verlassen werde, wenn auf diese Frage keine befriedigende Antwort erzielt werde.

Herr v. Helmstatt-Wallwitz: Ich sehe nicht klar, um wie von einem Mitgliede der englischen Regierung solche Anklagen vor allen Zeitenfreiheit ins Gesicht schreudern zu lassen. (Roter Beifall im Saal und im Hörerraum.)

Verteidiger: Warum gibt der Aufstellung Ausdruck, daß die Befragungen von Dr. Goedtke in der Form, wie sie hier gemacht wurden, nicht dem Rechnung trage, was tatsächlich Gegenstand des ganzen Verfahrens ist. Der Ausdruck werde aber über die Frage beraten.

Dr. Zimmermann (sieht erregt) erklärte bisher geglaubt zu haben, daß alle in diesem Saale von der Unparteilichkeit des Auslands soviel durchdrungen seien, daß es etwas unterdrücken wäre. Mr. v. Helmstatt-Wallwitz: Ich sehe nicht klar, um wie von einem Mitgliede der englischen Regierung solche Anklagen vor allen Zeitenfreiheit ins Gesicht schreudern zu lassen. (Roter Beifall im Saal und im Hörerraum.)

Verteidiger: Warum gibt der Aufstellung Ausdruck, daß die Befragungen von Dr. Goedtke in der Form, wie sie hier gemacht wurden, nicht dem Rechnung trage, was tatsächlich Gegenstand des ganzen Verfahrens ist. Der Ausdruck werde aber über die Frage beraten.

Dr. Zimmermann (sieht erregt) erklärte bisher geglaubt zu haben, daß alle in diesem Saale von der Unparteilichkeit des Auslands soviel durchdrungen seien, daß es etwas unterdrücken wäre. Mr. v. Helmstatt-Wallwitz: Ich sehe nicht klar, um wie von einem Mitgliede der englischen Regierung solche Anklagen vor allen Zeitenfreiheit ins Gesicht schreudern zu lassen. (Roter Beifall im Saal und im Hörerraum.)

Gegen 18 Uhr begann die Sitzung der amerikanischen Delegationen.

Dr. Hessischer erfuhr, die amerikanischen Handelsinteressen seien so eng mit denen der Entente verbunden gewesen, daß Wilson nicht einschreiten wollte. Großbritannien wünschte darauf hin noch mit der persönlichen Stellungnahme Wilsons die Friedensfrage noch nicht erledigt. Wie kommt einer eigentlich zu einer so wichtigen Verhandlung über, ob der anderweitigen Ansicht des amerikanischen Volkes, und insbesondere kontrolliert es sich für uns nicht darum, ob Wilson zuverlässig war oder nicht, sondern darum, daß das amerikanische Volk den Kämpfen noch Frieden entgegengestellt habe.

Dr. Hessischer erklärte sich mit den Ausführungen Bernstorffs einverstanden, denn sie schädigten ihm doch Wilson von der amerikanischen Geschäftswelt und der öffentlichen

menstlichen Welt, den Adel, blieben. Töchter des Volles sind es, Prostitution ist heilig zu deutscher Prostitution. Der Spieker, der nachdem er sein Kindchen mit Ihnen gespielt hat, sofort empfindet und mit stützendem Pathos diesen Namen ausdrückt, beachtet nur das Kind eines alten Manns: Menschen, die sich preisgegeben haben. Hier der Spieker, der nie fort, und dem der Spieker Sinn nicht verleihst, ist, damit nur die passiven Bedeutung des Wortes, an die, die der Gesellschaft und von der Gesellschaft preisgegeben ist. Im Anfang der Revolution erwähnte man läufig ihrer. Wilson sprach – gleichermaßen gebundenlos – von der Bildung von Proletariertümern, bis diese Gebundenen einschließen und offen bleibt wie zuvor. Das Gleiche handelsmäßig und scheinheilig, wie die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung des kapitalistischen Staates, das jahrlängend die Prostitution als den von der herrschenden Klasse geforderten unentbehrlichen Haftsort duldet und andererseits die Prostitution auf die Straße nach, indem sie den, der ihr Unterflur gewohnt, neuen Auspeile mit schwerer Strafe bedroht, was geschieht, und alle Weiblichkeit erledigt auf, hatten sie doch ihr „soziales Gewissen“ bestellt und kommen von der schwierigen Qualität, frei von Einspruch, um so ungehinderten Gebrauch machen. Das Gleiche handelsmäßig und scheinheilig, wie die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung des kapitalistischen Staates, das jahrlängend die Prostitution als den von der herrschenden Klasse geforderten unentbehrlichen Haftsort duldet und andererseits die Prostitution auf die Straße nach, indem sie den, der ihr Unterflur gewohnt, neuen Auspeile mit schwerer Strafe bedroht, was geschieht, und alle Weiblichkeit erledigt auf, hatten sie doch ihr „soziales Gewissen“ bestellt und kommen von der schwierigen Qualität, frei von Einspruch, um so ungehinderten Gebrauch machen. Das Gleiche handelsmäßig und scheinheilig, wie die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung des kapitalistischen Staates, das jahrlängend die Prostitution als den von der herrschenden Klasse geforderten unentbehrlichen Haftsort duldet und andererseits die Prostitution auf die Straße nach, indem sie den, der ihr Unterflur gewohnt, neuen Auspeile mit schwerer Strafe bedroht, was geschieht, und alle Weiblichkeit erledigt auf, hatten sie doch ihr „soziales Gewissen“ bestellt und kommen von der schwierigen Qualität, frei von Einspruch, um so ungehinderten Gebrauch machen. Das Gleiche handelsmäßig und scheinheilig, wie die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung des kapitalistischen Staates, das jahrlängend die Prostitution als den von der herrschenden Klasse geforderten unentbehrlichen Haftsort duldet und andererseits die Prostitution auf die Straße nach, indem sie den, der ihr Unterflur gewohnt, neuen Auspeile mit schwerer Strafe bedroht, was geschieht, und alle Weiblichkeit erledigt auf, hatten sie doch ihr „soziales Gewissen“ bestellt und kommen von der schwierigen Qualität, frei von Einspruch, um so ungehinderten Gebrauch machen. Das Gleiche handelsmäßig und scheinheilig, wie die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung des kapitalistischen Staates, das jahrlängend die Prostitution als den von der herrschenden Klasse geforderten unentbehrlichen Haftsort duldet und andererseits die Prostitution auf die Straße nach, indem sie den, der ihr Unterflur gewohnt, neuen Auspeile mit schwerer Strafe bedroht, was geschieht, und alle Weiblichkeit erledigt auf, hatten sie doch ihr „soziales Gewissen“ bestellt und kommen von der schwierigen Qualität, frei von Einspruch, um so ungehinderten Gebrauch machen. Das Gleiche handelsmäßig und scheinheilig, wie die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung des kapitalistischen Staates, das jahrlängend die Prostitution als den von der herrschenden Klasse geforderten unentbehrlichen Haftsort duldet und andererseits die Prostitution auf die Straße nach, indem sie den, der ihr Unterflur gewohnt, neuen Auspeile mit schwerer Strafe bedroht, was geschieht, und alle Weiblichkeit erledigt auf, hatten sie doch ihr „soziales Gewissen“ bestellt und kommen von der schwierigen Qualität, frei von Einspruch, um so ungehinderten Gebrauch machen. Das Gleiche handelsmäßig und scheinheilig, wie die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung des kapitalistischen Staates, das jahrlängend die Prostitution als den von der herrschenden Klasse geforderten unentbehrlichen Haftsort duldet und andererseits die Prostitution auf die Straße nach, indem sie den, der ihr Unterflur gewohnt, neuen Auspeile mit schwerer Strafe bedroht, was geschieht, und alle Weiblichkeit erledigt auf, hatten sie doch ihr „soziales Gewissen“ bestellt und kommen von der schwierigen Qualität, frei von Einspruch, um so ungehinderten Gebrauch machen. Das Gleiche handelsmäßig und scheinheilig, wie die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung des kapitalistischen Staates, das jahrlängend die Prostitution als den von der herrschenden Klasse geforderten unentbehrlichen Haftsort duldet und andererseits die Prostitution auf die Straße nach, indem sie den, der ihr Unterflur gewohnt, neuen Auspeile mit schwerer Strafe bedroht, was geschieht, und alle Weiblichkeit erledigt auf, hatten sie doch ihr „soziales Gewissen“ bestellt und kommen von der schwierigen Qualität, frei von Einspruch, um so ungehinderten Gebrauch machen. Das Gleiche handelsmäßig und scheinheilig, wie die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung des kapitalistischen Staates, das jahrlängend die Prostitution als den von der herrschenden Klasse geforderten unentbehrlichen Haftsort duldet und andererseits die Prostitution auf die Straße nach, indem sie den, der ihr Unterflur gewohnt, neuen Auspeile mit schwerer Strafe bedroht, was geschieht, und alle Weiblichkeit erledigt auf, hatten sie doch ihr „soziales Gewissen“ bestellt und kommen von der schwierigen Qualität, frei von Einspruch, um so ungehinderten Gebrauch machen. Das Gleiche handelsmäßig und scheinheilig, wie die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung des kapitalistischen Staates, das jahrlängend die Prostitution als den von der herrschenden Klasse geforderten unentbehrlichen Haftsort duldet und andererseits die Prostitution auf die Straße nach, indem sie den, der ihr Unterflur gewohnt, neuen Auspeile mit schwerer Strafe bedroht, was geschieht, und alle Weiblichkeit erledigt auf, hatten sie doch ihr „soziales Gewissen“ bestellt und kommen von der schwierigen Qualität, frei von Einspruch, um so ungehinderten Gebrauch machen. Das Gleiche handelsmäßig und scheinheilig, wie die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung des kapitalistischen Staates, das jahrlängend die Prostitution als den von der herrschenden Klasse geforderten unentbehrlichen Haftsort duldet und andererseits die Prostitution auf die Straße nach, indem sie den, der ihr Unterflur gewohnt, neuen Auspeile mit schwerer Strafe bedroht, was geschieht, und alle Weiblichkeit erledigt auf, hatten sie doch ihr „soziales Gewissen“ bestellt und kommen von der schwierigen Qualität, frei von Einspruch, um so ungehinderten Gebrauch machen. Das Gleiche handelsmäßig und scheinheilig, wie die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung des kapitalistischen Staates, das jahrlängend die Prostitution als den von der herrschenden Klasse geforderten unentbehrlichen Haftsort duldet und andererseits die Prostitution auf die Straße nach, indem sie den, der ihr Unterflur gewohnt, neuen Auspeile mit schwerer Strafe bedroht, was geschieht, und alle Weiblichkeit erledigt auf, hatten sie doch ihr „soziales Gewissen“ bestellt und kommen von der schwierigen Qualität, frei von Einspruch, um so ungehinderten Gebrauch machen. Das Gleiche handelsmäßig und scheinheilig, wie die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung des kapitalistischen Staates, das jahrlängend die Prostitution als den von der herrschenden Klasse geforderten unentbehrlichen Haftsort duldet und andererseits die Prostitution auf die Straße nach, indem sie den, der ihr Unterflur gewohnt, neuen Auspeile mit schwerer Strafe bedroht, was geschieht, und alle Weiblichkeit erledigt auf, hatten sie doch ihr „soziales Gewissen“ bestellt und kommen von der schwierigen Qualität, frei von Einspruch, um so ungehinderten Gebrauch machen. Das Gleiche handelsmäßig und scheinheilig, wie die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung des kapitalistischen Staates, das jahrlängend die Prostitution als den von der herrschenden Klasse geforderten unentbehrlichen Haftsort duldet und andererseits die Prostitution auf die Straße nach, indem sie den, der ihr Unterflur gewohnt, neuen Auspeile mit schwerer Strafe bedroht, was geschieht, und alle Weiblichkeit erledigt auf, hatten sie doch ihr „soziales Gewissen“ bestellt und kommen von der schwierigen Qualität, frei von Einspruch, um so ungehinderten Gebrauch machen. Das Gleiche handelsmäßig und scheinheilig, wie die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung des kapitalistischen Staates, das jahrlängend die Prostitution als den von der herrschenden Klasse geforderten unentbehrlichen Haftsort duldet und andererseits die Prostitution auf die Straße nach, indem sie den, der ihr Unterflur gewohnt, neuen Auspeile mit schwerer Strafe bedroht, was geschieht, und alle Weiblichkeit erledigt auf, hatten sie doch ihr „soziales Gewissen“ bestellt und kommen von der schwierigen Qualität, frei von Einspruch, um so ungehinderten Gebrauch machen. Das Gleiche handelsmäßig und scheinheilig, wie die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung des kapitalistischen Staates, das jahrlängend die Prostitution als den von der herrschenden Klasse geforderten unentbehrlichen Haftsort duldet und andererseits die Prostitution auf die Straße nach, indem sie den, der ihr Unterflur gewohnt, neuen Auspeile mit schwerer Strafe bedroht, was geschieht, und alle Weiblichkeit erledigt auf, hatten sie doch ihr „soziales Gewissen“ bestellt und kommen von der schwierigen Qualität, frei von Einspruch, um so ungehinderten Gebrauch machen. Das Gleiche handelsmäßig und scheinheilig, wie die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung des kapitalistischen Staates, das jahrlängend die Prostitution als den von der herrschenden Klasse geforderten unentbehrlichen Haftsort duldet und andererseits die Prostitution auf die Straße nach, indem sie den, der ihr Unterflur gewohnt, neuen Auspeile mit schwerer Strafe bedroht, was geschieht, und alle Weiblichkeit erledigt auf, hatten sie doch ihr „soziales Gewissen“ bestellt und kommen von der schwierigen Qualität, frei von Einspruch, um so ungehinderten Gebrauch machen. Das Gleiche handelsmäßig und scheinheilig, wie die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung des kapitalistischen Staates, das jahrlängend die Prostitution als den von der herrschenden Klasse geforderten unentbehrlichen Haftsort duldet und andererseits die Prostitution auf die Straße nach, indem sie den, der ihr Unterflur gewohnt, neuen Auspeile mit schwerer Strafe bedroht, was geschieht, und alle Weiblichkeit erledigt auf, hatten sie doch ihr „soziales Gewissen“ bestellt und kommen von der schwierigen Qualität, frei von Einspruch, um so ungehinderten Gebrauch machen. Das Gleiche handelsmäßig und scheinheilig, wie die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung des kapitalistischen Staates, das jahrlängend die Prostitution als den von der herrschenden Klasse geforderten unentbehrlichen Haftsort duldet und andererseits die Prostitution auf die Straße nach, indem sie den, der ihr Unterflur gewohnt, neuen Auspeile mit schwerer Strafe bedroht, was geschieht, und alle Weiblichkeit erledigt auf, hatten sie doch ihr „soziales Gewissen“ bestellt und kommen von der schwierigen Qualität, frei von Einspruch, um so ungehinderten Gebrauch machen. Das Gleiche handelsmäßig und scheinheilig, wie die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung des kapitalistischen Staates, das jahrlängend die Prostitution als den von der herrschenden Klasse geforderten unentbehrlichen Haftsort duldet und andererseits die Prostitution auf die Straße nach, indem sie den, der ihr Unterflur gewohnt, neuen Auspeile mit schwerer Strafe bedroht, was geschieht, und alle Weiblichkeit erledigt auf, hatten sie doch ihr „soziales Gewissen“ bestellt und kommen von der schwierigen Qualität, frei von Einspruch, um so ungehinderten Gebrauch machen. Das Gleiche handelsmäßig und scheinheilig, wie die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung des kapitalistischen Staates, das jahrlängend die Prostitution als den von der herrschenden Klasse geforderten unentbehrlichen Haftsort duldet und andererseits die Prostitution auf die Straße nach, indem sie den, der ihr Unterflur gewohnt, neuen Auspeile mit schwerer Strafe bedroht, was geschieht, und alle Weiblichkeit erledigt auf, hatten sie doch ihr „soziales Gewissen“ bestellt und kommen von der schwierigen Qualität, frei von Einspruch, um so ungehinderten Gebrauch machen. Das Gleiche handelsmäßig und scheinheilig, wie die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung des kapitalistischen Staates, das jahrlängend die Prostitution als den von der herrschenden Klasse geforderten unentbehrlichen Haftsort duldet und andererseits die Prostitution auf die Straße nach, indem sie den, der ihr Unterflur gewohnt, neuen Auspeile mit schwerer Strafe bedroht, was geschieht, und alle Weiblichkeit erledigt auf, hatten sie doch ihr „soziales Gewissen“ bestellt und kommen von der schwierigen Qualität, frei von Einspruch, um so ungehinderten Gebrauch machen. Das Gleiche handelsmäßig und

Hilfsaktion für die Gefangenen

Berlin, 15. November. Die deutsche Arbeiterkammer hat eine Versammlung der Deutschen Internationals Akademie ausgerufen, zu der geworben wurde mit dem Ergebnis, dass ein großer Teil der Bevölkerung der Wiederaufbau der deutschen Arbeitsmänner gefordert ist, ebenso wie diejenigen, die vor jetzt im Londoner Frieden verhandelt, damit er nach einer internationalen Aktion zugunsten der deutschen Gefangenen wolle.

Deutsches Reich

Kohlen- und Verkehrsnot

Berlin, 15. November. Auf ein vom österreichischen Handelsministerium gerichtetes Telegramm, das auf die österreichische Befreiung von der sozialistischen Regierung und die Rückführung der Wirtschaftsverwaltung der deutschen Arbeitsmänner gefordert ist, reagiert die deutsche Regierung mit einem entsprechenden Telegramm an den österreichischen Ministerpräsidenten, dass sie die Rückführung der Wirtschaftsverwaltung der deutschen Arbeitsmänner nicht unterstützen kann, in der Weise, dass die deutschen Arbeitsmänner einen Einfluss auf die österreichische Wirtschaftsverwaltung haben, der bei einer Verhandlung einen außerordentlich bedeutenden Einfluss in die österreichische Wirtschaft hineinbringen würde, einer Verhandlung zu unterliegen. Auf Grund des Ergebnisses ihrer Verhandlungen haben sie in einer Einzelheit das Wirtschaftsministerium ersucht, seinen ganzen Einfluss dahin geltend zu machen, dass das Abkommen über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben in der vorgeschlagenen allgemeinen Form nicht verwirklicht wird. Wenn man große Erwerbszweige der Wirtschaft nicht schwer schädigen und ihnen die Existenzmöglichkeit nicht entziehen will, so sei es ein unbedingtes Erfordernis, dass man an Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben nur in den Einzelfällen kommt, in denen die Verhältnisse hierzu die unabdingbare Notwendigkeit ergeben.

Wir registrierten diese Haltung der Handelskammern, können uns aber nicht enthalten, darauf hinzuweisen, dass sie sich natürlich von privatkapitalistischen Interessen leiten lassen, während bei der Kommunalisierungsfrage das Allgemeinwohl entscheidend sein muß.

Vertretung des Nahrungsmittelshandels im Landeslebensmittelamt

Das Landeslebensmittelamt hat dem höchsten Nahrungsmittelhandel in gleicher Weise wie den Konsumvereinen eine Vertretung bei ihm eingeräumt.

Einheitliche Fleischversorgung

Der zuständige Seite wird mitgeteilt: Bisweilen werden Klagen laut, dass einzelne Kommunalverbände fast ausschließlich mit Rübenfleisch versorgt würden, während angeblich in anderen Bezirken größere Mengen Fleischfleisch zur Verteilung gelangen. Diese Klagen sind nicht begründet. Sämtliche Kommunalverbände werden nach den gleichen Grundsätzen mit Fleisch versorgt, insbesondere auch mit Fleischfleisch; die Röhrenmenge an Fleischfleisch beträgt etwas mehr als ein Drittel der Röhrenmenge. Die Kommunalverbände können aber selbst bestimmen, ob sie die danach auf ihre Bevölkerung entfallende Fleischfleischration allmählich neben der Rübenfleischration ausgeben oder sie so aufspalten wollen, dass in gewissen Abständen die ganze Ration in Fleischfleisch gegeben werden kann. Von der Landeslebensmittelstelle wird genau kontrolliert, dass die Kommunalverbände (gleichviel ob Bürgers- oder Arbeitnehmerbezirk) den zulässigen Nachfragebruch nicht überschreiten. Jeder einzelne kann sich auch durch eigene Prüfung überzeugen, dass es nicht geschieht. Nur muss man dann nicht bloß bedenken, wenn man weniger, sondern auch, wenn man ein anderes Mal mehr erhält als andererwo gegeben wird. Daran aber pflegt man es fehlen zu lassen.

Keine Erhöhung der Braunkohlenpreise. Den östlich der Elbe gelegenen Braunkohlenwerken war auf ihren Antrag eine Preiserhöhung in Aussicht gestellt worden, falls das Reichswirtschaftsministerium eine solche als berechtigt erachten ließ. Das Ergebnis der daraufhin angestellten Unterlassungen rechtfertigte eine solche Erhöhung nicht. Der Reichswirtschaftsminister hat infolgedessen seine Genehmigung verfagt. Es bleiben die bisher bestehenden Preise für Braunkohlenpreife, Grubefoss usw. in Geltung.

Neustadt i. S. Bei der am 13. November vorgenommenen Stadtratswahl wurden unter Genossen Otto Rudolph und Paul Lorenz als unbefolzte Stadträte gewählt, von bürgerlicher Seite die Herren Kaufmann Scheithauer, Fabrikant Ritsche und Kanzler Auguste wieder gewählt. Die Sitze wurden von 4 auf 5 erhöht. Fabrikant Leuner, Schuldirektor a. D. Kleemann und Privatrat Hennig wurden nicht wiedergewählt. Die Wahl erfolgte auf Antrag unserer Genossen.

Chemnitz. Das hiesige Schulamt B gibt bekannt, dass an den hiesigen Volks- und Fortbildungsschulen von Montag den 17. November an eine Unterrichtszeit des Unterrichts von voraussichtlich 14 Tagen wegen Mangels an Heizstoffen eintrete.

Freitag mittag ist das erste Postflugzeug auf dem Altdorfener Flugplatz gelandet. Es brachte einen Briefentwurf für Chemnitz und nahm je einen für Dresden und Leipzig mit.

Ein Bombenanschlag

Zwickau, 14. November. Am Donnerstag abend gegen 8 Uhr fand im Tiefenbau des Grundstücks Rödelstraße 11 in Schleußig eine heftige Explosion statt, durch die das Treppenhaus vollständig zerstört und außerdem erheblicher Wohnungsschaden verursacht worden ist. Soweit sich bisher ermitteln ließ, handelt es sich um einen Bombenanschlag gegen den dort wohnenden Leiter der Technischen Reichsbahn Ingenuer Schwartz. Glücklicherweise sind Menschenleben nicht zu Schaden gekommen. Das Grundstück wurde von Gewässer Schuleuten sofort untersucht. Die Gewässer war von dem Begräumen der Schuttmassen und dem Bergen der in ihnen Wohnungen abgesunkenen Bewohner längere Zeit in Anspruch genommen. Die Kriminalpolizei hat bereits einige Verhöllungen vorgenommen, doch ist noch nichts Näheres über die Täter bekannt, auf deren Ermittlung eine hohe Belohnung ausgesetzt ist.

Altenburg, 14. November. Am Freitag nachmittag konnte kein Zug den Bahnhof von Altenburg verlassen und vor Montag wird es kaum möglich sein, die Fahrt der organisierten Sozialisten zu ermöglichen.

England

Grauenhäßliche Lords

Berlin, 14. November. Der Unterland meldet, dass das englische Oberhaus das vom Unterhaus angemessene Abkommen zwischen dem Recht erhalten, im Oberhaus zu sitzen, wenn es vom Parlament geforderten Abberuhungen nicht bald geahndet werden. Des Auslands dieser Angeklagten wurde der Bildung eines Technischen und Telegraphenverbands von Paris bedient. Auch die Angeklagten und Arbeitnehmer drohen aus dem gleichen Grunde mit dem allgemeinen Ausschluss.

Paris, 14. November. Am Freitag nachmittag konnte kein Zug den Bahnhof von Marceille verlassen und vor Montag wird es kaum möglich sein, die Fahrt der organisierten Sozialisten zu ermöglichen.

Amerika

Ende des amerikanischen Streits?

Saarbrücken, 14. November. Das Amerikanische Bergarbeiter-

und der Morning Post aus Washington gemeldet, dass die

Regierung der Behörden eine große Wiederaufbau für die

Arbeitenden, eine Wiederaufbau gegen das Kriegs- und Gerichtsrecht ein-

setzt. Damit dürfte der Streit erledigt sein. Das

Arbeitsrecht für Arbeit wird, wie man glaubt, in nächster Zeit

verabschiedet werden.

Sächsische Angelegenheiten

Kommunalisierung und Handelskammern

Die Reichskammer des Innern ist vor nicht allzu langer Zeit ein Entwurf für ein Reichsrahmenrecht, über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben aufgestellt worden, nach dem Gemeinden die Verwaltung verliehen werden soll, aus Gründen des öffentlichen Wohles der Vorsorge

an der am 4. November im Regierungsgebäude abgehaltenen Versammlung des Sächsischen Gewerkschaftsrates wurde zunächst die Wahl eines Sekretärs für die vereinigte Arbeitsteilung und für die Vergütung für Fortbildung und Rundschule vollzogen. Nach einer kurzen Begrüßung des Geschäftsführers wurde gegen fünf Stimmen entschieden, die Einführung ohne Aufsichtsvorbehalt einzulegen; dann

wurde gegen vier Stimmen der Genossen Konrad Hahnwald abgelehnt. Die Tätigkeit dieses Sekretärs soll zunächst in der Hauptstadt und später in den Provinzstädten ausgedehnt werden. Bezugnahme auf Fortbildung und Rundschule soll die weitere Entwicklung abgewartet werden.

Zurück wurde beschlossen, den Verband der Tanz-, Sport-, Sonnenfischer, Boxer und Pfeifer und den Verband der Berliner in das Gewerkschaftsrat einzutragen. Hierzu wurde berichtet, dass sie bereits angefochten haben die Schornsteinfeger und der Meister Verband. Die Boxer, die ebenfalls Mitglied an das Mark gehabt hatten, haben sich dem Turn- und Sportverein eingetragen.

Im Anschluss hieran wurde bekanntgegeben, dass der Genosse Schmitz in den Landeskohlensatzrat delegiert worden ist. Auch die verschiedenen Vereine in den Werken zum Vorsitz für Steigungsbeschleunigung sowie in die Kreisräte und Kreisräte ernannt worden.

Über das Fortbildungsschulwesen und das Interesse der Gewerkschaften hieran referierte in ihr verhandelter Weise Herr Leiter Oswald. Er rügte besonders in den Vorberichten, dass die Gewerkschaften Vertreter in den Fortbildungsausschuss entsenden müssten, um dort die gewerblichen Interessen der Bevölkerung vertreten zu können. Außerdem notwendig ist eine gute Erziehungsdarstellung. In der Debatte wurde darauf hingewiesen, dass bei den Taxifahrern auf Bezahlung der Schulabschluß hingewiesen werden müsse. Auch wurde für die Zusammenlegung der Hochschulen mit den Fortbildungsschulen gestritten. Bei dieser Gelegenheit kam auch eine Spende der Bevölkerung aus Dresden mit zum Vortrag, wo ebenfalls Anregungen nach der Richtung gegeben wurden, dass der Fortbildungspflichtigen SchülerInnen leidenschaftlich der Arbeitgeber nicht gemacht werden dürfen, was besonders in der Schule Dresden blieben zur Geltung kommen war.

Genossen Raumann reagierte auf den Vortrag, indem die Bibliothekstage zu erwähnen. Die Spende wurde dem Vorstand überreicht.

Aus aller Welt

Finnische Dampferbestellung

Danzig, 15. November. Die finnische Reederei Transfinnia in Åbo bestellte bei der Schichau-Werft in Danzig einen Frachtdampfer von 7800 Tonnen Größe für 28 Millionen Mark. Der Dampfer soll in Jahresfrist geliefert werden und wird der größte finnische Dampfer sein.

Verkettetes Flugzeug

Hamburg, 14. November. Gestern abend landete bei Bergedorf ein mit zwei Personen, dem Führer und einem dänischen Kaufmann befehltes Flugzeug, das in England aufgestiegen war, um nach Copenhagen zu fahren. Das Flugzeug, das sich verirrte, wurde zunächst beschlagnahmt, nach Prüfung der Sachlage aber wieder freigegeben.

Dresdner Polizeibericht

Einzelheit. Am Nachmittag zum 14. November ist in ein Eigentum 14 betriebenes Auto eingestohlen worden. Den noch unbekannten Tätern sind u. a. ein gebrochener Polizei und getöteter Herren- und Damenkleiderkoffer sowie ein schwarzer Feder, sowie ein getöteter brauner Ustur im Gesamtwert von 8000 M. in die Hände gefallen. Der Geschädigte hat für die Wiederherstellung der Ware eine angemessene Belohnung geschafft. — Herren sind in den letzten Nächten aus zwei Schuhverkaufsgeschäften in der Oberseestraße und Victoriastraße entführt worden. Eine neue und getötete Herren- und Damenkleider und Schuhe, welche zum Teil neu gekauft und ausgetauscht wurden, liegen zum Teil neu gekauft und ausgetauscht, jedoch leer. Die Polizei macht vor Anfang und direkt um hochdeutsche Witterungen zu obigen Diebstählen.

2000 M. Belohnung. Ein älterer frischer Dienstbot wurde am 11. November abends bei einem Fußbad eingestohlen. Den noch unbekannten Tätern sind u. a. ein gebrochener Polizei neuer und getöteter Herren- und Damenkleiderkoffer sowie ein schwarzer Feder, sowie ein getöteter brauner Ustur im Gesamtwert von 8000 M. in die Hände gefallen. Der Geschädigte hat für die Wiederherstellung der Ware eine angemessene Belohnung geschafft. — Herren sind in den letzten Nächten aus zwei Schuhverkaufsgeschäften in der Oberseestraße und Victoriastraße entführt worden. Eine neue und getötete Herren- und Damenkleider und Schuhe, welche zum Teil neu gekauft und ausgetauscht wurden, liegen zum Teil neu gekauft und ausgetauscht, jedoch leer. Die Polizei macht vor Anfang und direkt um hochdeutsche Witterungen zu obigen Diebstählen.

Herrenlos Glasm. Eine in Haft befindliche Person hatte 25 Kilo Glasm in ihrem Bett. Das Glasm besteht aus Porren in Segeljars, die unten breit und oben schmal sind und auf der Rückseite den Stempel „M U XIX“ tragen. Geschädigte wollen sich bei der Kriminalpolizei melden.

Warnung vor einem unbekannten Beträger! Ein unbekannter Schwindler hat sich in zwei Rollen seines Geldes zu verschaffen gewusst. Er hielt sich in der Nähe von Mühlau auf und lauerte Boten von hiesigen Wädermeierern auf, die mit dem Einholen von Metall beladen waren. Sobald die Boten mit den beladenen Wagen auf den Mühlau heraustraten, ludete er sie zu überreden, momentan in die Mühlau zurückzukommen, während er bei den Wagen blieb. Sobald sich der Boten entfernt hatte, verschwand er mit dem beladenen Wagen. Der Beträger ist etwa 20 bis 24 Jahre alt, 170 Centimeter groß, schmächtig, er hat bloßes Gesicht, dunkle Haare, dunkle, furchtschreckliche Schnurrbart und trägt ungewöhnliches Militärjackett, weiss Schaftringe und Soldaten, welchen Hut. Wer über den Unbekannten Angaben macht kann, sollte sich bei der Kriminalpolizei melden.

Letzte Telegramme

Strengliches Verbot von Demonstrationen

(Eigene Drahtung)

Berlin, 15. November. Von zuständiger Stelle erfahren die P. P. R.: Unbefüllt um die bekannten Bestimmungen des Belagerungsstands zu standen haben Freitag abend abermals Demonstrationen stattgefunden. Anfolgendes scheint es zweckmäßig, nochmals darauf hinzuweisen, dass gegenwärtig jeglichen Versuchen, die Bestimmungen des Belagerungsstands zu verleben, unbedingt von allen Machtmitteln Gebrauch gemacht wird. Insbesondere sei darauf hingewiesen, dass jeder Versuch, an die zum Sonntag einberufenen Versammlungen Umzüge anzuschließen, im Keime erstickt werden wird. Ein besonderer Appell ist an die Eltern zu richten, dass ihre Kinder, wenn sie an Straßen-demonstrationen teilnehmen, sich den schwersten Gefahren aussetzen.

Das Bergarbeiterheimstättengesetz

(Eigene Drahtung)

Berlin, 15. November. Über das Bergarbeiterheimstättengesetz, dessen wesentlicher Inhalt durch den Vorwärts veröffentlicht wurde, erfahren die P. P. R., dass über die Finanzierung dieses großen, lebenswichtigen Werkes noch Verhandlungen im Kabinett schwelen. Wie die P. P. R. weiter hören, haben die beteiligten Interessenten den wesentlichen Grundzügen des Entwurfs zugestimmt, der durchaus geeignet ist, in verhältnismäßig kürzer Zeit die schwersten Kohlennot abzuheben.

Gewerkschaftsbewegung

Versammlung des Gewerkschaftsrates

An der am 4. November im Regierungsgebäude abgehaltenen Versammlung des Sächsischen Gewerkschaftsrates wurde zunächst die Wahl eines Sekretärs für die vereinigte Arbeitsteilung und für die Vergütung für Fortbildung und Rundschule vollzogen. Nach einer kurzen Begrüßung des Geschäftsführers wurde gegen fünf Stimmen entschieden, die Einführung ohne Aufsichtsvorbehalt einzulegen; dann

Wildpreise, Haselarten.

Von Jagdzonen und für den Verkauf mit Wild die nachstehenden Preise als angemessen erachtet werden:

Hirschkülin in der Peede	1 Stück	250 Mk.
Hirsch in der Peede	1 Stück	200 Mk.
Dalen im Palz	1 Stück	200 Mk.
Hirsch im Palz	1 Stück	200 Mk. bis 100 Mk.
Dalenschein	1 Stück	800 Mk.
Dalenschein	1 Stück	1000 Mk.
Rehköländer	1 Stück	400 Mk.
Wildschwein	1 Stück	600 Mk.

Trotz Winterschluss erreicht Hirsch, hinsichtlich dieser Preise eingehalten werden und kommt im Stichverkauf hierzu ein und den örtlichen Verhältnissen angepasster Handelsverhältnis erhalten wird. Verordnung vom 9. September 1919 über den Verkauf mit Wild (Zuständige Behörde) Nr. 231 § 16 bis 18 eingelegeten bleibt bestehen.

II.

Die Bestimmungen über Haselarten § 2 Absatz 2, §§ 5 bis 10 in der genannten Verordnung werden hiermit aufgehoben. Bei Abgabe von Haseln sind keine Haselarten mehr abzuliefern.

Dresden, den 10. November 1919.

Ministerium.

Auf Grund vorliegender Verordnung des Ministeriums werden die Bestimmungen über Haselarten § 2 Absatz 2 und § 10 der entzogenen einschließlich Verordnung vom 2. September 1919 hiermit aufgehoben.

Dresden-Alstadt, am 10. November 1919.

III.

Die Amtshauptmannschaft.

Entscheidung von Auslandsbeleidet als Sonderzulage für Lungenstrante.

Die Ausgabe des Tschertchen erlaubt von Dienstag den 1. Nov. bis Sonnabend den 22. Nov. 1919 auf die Abfertigungsstelle Nr. 3, 4 und 5 der Amtshauptmannschaft für die Zeit vom 2. November bis 22. November 1919.

Es kommen an jeden Abend 100 Gramm zur Verteilung. Die Abfertigungen für die einzelnen Orte werden von den zuständigen Gemeindebehörden durch Aufschluss öffentlich bekanntgegeben.

Es wird außerdem darauf hingewiesen, daß die Abfertigungen 1 und 2 nicht mehr bewilligt werden dürfen.

Quelle der Abfertigungen 3 und 5 nur bis einschließlich Sonnabend den 22. November 1919.

Der Rat der weiteren Belieferung wird noch bekanntgegeben.

Dresden-Alstadt, am 10. November 1919.

IV.

Die Amtshauptmannschaft.

Kegelbahnen und Schwimmbäder.

Auf Grund von § 12 Absatz 1 und 3 in Verbindung mit § 15 Abs. 3 und § 17 Nr. 2 der Bekanntmachung über die Errichtung von Freizeitheimstellen und die Verordnung vom 2. September 1919 im betreffenden vom 4. November 1919 und 8. Juli 1919 wird folgendes angeordnet:

§ 1.

Verboten ist von Sonntag den 10. November 1919 an:

1. das Betreten von Kegelbahnen.

2. der Betrieb von Schwimmbädern.

§ 2.

Bewilligungen werden mit Geldstrafe bis zu 6 Monaten oder mit Geld bis zu 1500 Pl. bestraft.

§ 3.

Auf dem 10. November 1919 tritt die Ausschließung der Nutzung von Schwimmbädern vom 30. Dezember 1919 in Kraft.

Dresden, den 10. November 1919.

Der Rat in Dresden.

V.

Anzeige von Doppelwohnungen.

Mit Bekanntmachung des Ministeriums des Innern – Bundeswohnmakant – wird für den Besitz des Wohnungsvorstandes für die Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt angeordnet:

§ 1.

Als unbewohnt im Sinne der §§ 3 und 4 der Bekanntmachung über Wohnungen gegen Wohnungsmangel vom 2. September 1919 gelten auch eingerichtete Räume, sofern sie von dem Vertragsabredenden deshalb nicht dauernd bewohnt werden, weil er oder einer seiner Haushaltsgenossen in oder außerhalb der Gemeinde noch eine andere, nämlich seine Hauptwohnung besitzt.

Die Regelung ist auch dann zu erkennen, wenn nur die eine Wohnung im Besitz des unterzeichneten Wohnungsvorstandes steht.

Unterlassung der Anzeige wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Pl. geahndet.

Der Vorstand des Wohnungsvorstandes im Bezirk der Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt.

VI.

Dr. Schulte, Amtshauptmann.

Berichtigungsbekanntmachung.

In der Bekanntmachung vom 8. November 1919 über

Abfertigungsstellen muss der Gangdienst laufen:

J. Von Donau den 9. November 1919 an gelten für sämtliche Abfertigungsstellen (Celonig, zwanzig Pfandzettelkästen) bis zum 25. November 1919 folgende Abfertigungsstellen:

Dresden, den 10. November 1919. Der Rat zu Dresden.

§ 1.

Nach § 1 der Verordnung des Reichskanzlers der Finanzen über Wohnungen gegen die Kapitalmarkt vom 24. Oktober 1919 ist das ganze Wertpapier oder das Einschreibebogen bei einer Sparkasse, Bank oder Kreditgenossenschaft zu hinterlegen, da die Einlösung der Ansiedlung ab 1. Dezember 1919 nur durch die Sparkasse oder Banken oder Genossenschaften erfolgen kann.

Um den Inhabern von Wertpapieren frühere und bessere Gelegenheit zur Unterlegung zu gewähren, ist bei uns eine Unterlegungsstelle im Sinne des erlaubten Vertrages unter voller Datung unter Gemeinde für frühere Bezeichnung und sachgemäße Verwaltung des unterlegten Wertes einschließlich der Übertragung der Auslösung eingerichtet worden.

Die Annahme, Verarbeitung und Verwaltung des Wertpapiers sowie Einlösung der Ansiedlung erfolgt für unsre Kunden bis auf weiteres ohne jedes Entgelt.

Den Inhabern von Wertpapieren wird deshalb empfohlen, die Unterlegung unverzüglich, spätestens aber bis 15. Dezember 1919, vorzunehmen.

Brünnlitz, am 10. November 1919.

Die Sparkassenverwaltung, Brünnlitz, Gemeindeschreiber.

VII.

Dr. Schulte, Amtshauptmann.

Abfertigungsbekanntmachung der Finanzen

über Wohnungen gegen die Kapitalmarkt vom 24. Oktober 1919 sind Wertpapiere mit Jaus- oder Gewinnanteilschein-Bogen bei einer Sparkasse, Bank oder Kreditgenossenschaft zu hinterlegen, da die Erwerbung der Ansiedlung oder Vermietung eines Wohnhauses nur durch die Sparkasse oder Banken oder Genossenschaften erfolgen kann.

Um den Inhabern von Wertpapieren frühere und bessere Gelegenheit zur Unterlegung zu gewähren, ist bei uns eine Unterlegungsstelle im Sinne des erlaubten Vertrages unter voller Datung unter Gemeinde für frühere Bezeichnung und sachgemäße Verwaltung des unterlegten Wertes einschließlich der Übertragung der Auslösung eingerichtet worden.

Die Annahme, Verarbeitung und Verwaltung des Wertpapiers sowie Einlösung der Ansiedlung erfolgt für unsre Kunden bis auf weiteres ohne jedes Entgelt.

Die Inhaber wird eine Gebühr verrechnet, die jedoch den bei andern Stellen glichen Vergütungssatz für Unterlegung übersteigt.

Gemeindeverbandssparkasse Gittersee.

Gittersee, Vor. Müller, Präs.

VIII.

Max Guhr, Gemeindeschreiber.

Abfertigungsbekanntmachung der Finanzen

über Wohnungen gegen die Kapitalmarkt vom 24. Oktober 1919 sind Wertpapiere mit Jaus- oder Gewinnanteilschein-Bogen bei einer Sparkasse, Bank oder Kreditgenossenschaft zu hinterlegen, da die Erwerbung der Ansiedlung oder Vermietung eines Wohnhauses nur durch die Sparkasse oder Banken oder Genossenschaften erfolgen kann.

Um den Inhabern von Wertpapieren frühere und bessere Gelegenheit zur Unterlegung zu gewähren, ist bei uns eine Unterlegungsstelle im Sinne des erlaubten Vertrages unter voller Datung unter Gemeinde für frühere Bezeichnung und sachgemäße Verwaltung des unterlegten Wertes einschließlich der Übertragung der Auslösung eingerichtet worden.

Die Annahme, Verarbeitung und Verwaltung des Wertpapiers sowie Einlösung der Ansiedlung erfolgt für unsre Kunden bis auf weiteres ohne jedes Entgelt.

Die Inhaber wird eine Gebühr verrechnet, die jedoch den bei andern Stellen glichen Vergütungssatz für Unterlegung übersteigt.

Gemeindeverbandssparkasse Gittersee.

Gittersee, Vor. Müller, Präs.

IX.

Max Guhr, Gemeindeschreiber.

Abfertigungsbekanntmachung der Finanzen

über Wohnungen gegen die Kapitalmarkt vom 24. Oktober 1919 sind Wertpapiere mit Jaus- oder Gewinnanteilschein-Bogen bei einer Sparkasse, Bank oder Kreditgenossenschaft zu hinterlegen, da die Erwerbung der Ansiedlung oder Vermietung eines Wohnhauses nur durch die Sparkasse oder Banken oder Genossenschaften erfolgen kann.

Um den Inhabern von Wertpapieren frühere und bessere Gelegenheit zur Unterlegung zu gewähren, ist bei uns eine Unterlegungsstelle im Sinne des erlaubten Vertrages unter voller Datung unter Gemeinde für frühere Bezeichnung und sachgemäße Verwaltung des unterlegten Wertes einschließlich der Übertragung der Auslösung eingerichtet worden.

Die Annahme, Verarbeitung und Verwaltung des Wertpapiers sowie Einlösung der Ansiedlung erfolgt für unsre Kunden bis auf weiteres ohne jedes Entgelt.

Die Inhaber wird eine Gebühr verrechnet, die jedoch den bei andern Stellen glichen Vergütungssatz für Unterlegung übersteigt.

Gemeindeverbandssparkasse Gittersee.

Gittersee, Vor. Müller, Präs.

X.

Max Guhr, Gemeindeschreiber.

Abfertigungsbekanntmachung der Finanzen

über Wohnungen gegen die Kapitalmarkt vom 24. Oktober 1919 sind Wertpapiere mit Jaus- oder Gewinnanteilschein-Bogen bei einer Sparkasse, Bank oder Kreditgenossenschaft zu hinterlegen, da die Erwerbung der Ansiedlung oder Vermietung eines Wohnhauses nur durch die Sparkasse oder Banken oder Genossenschaften erfolgen kann.

Um den Inhabern von Wertpapieren frühere und bessere Gelegenheit zur Unterlegung zu gewähren, ist bei uns eine Unterlegungsstelle im Sinne des erlaubten Vertrages unter voller Datung unter Gemeinde für frühere Bezeichnung und sachgemäße Verwaltung des unterlegten Wertes einschließlich der Übertragung der Auslösung eingerichtet worden.

Die Annahme, Verarbeitung und Verwaltung des Wertpapiers sowie Einlösung der Ansiedlung erfolgt für unsre Kunden bis auf weiteres ohne jedes Entgelt.

Die Inhaber wird eine Gebühr verrechnet, die jedoch den bei andern Stellen glichen Vergütungssatz für Unterlegung übersteigt.

Gemeindeverbandssparkasse Gittersee.

Gittersee, Vor. Müller, Präs.

XI.

Max Guhr, Gemeindeschreiber.

Abfertigungsbekanntmachung der Finanzen

über Wohnungen gegen die Kapitalmarkt vom 24. Oktober 1919 sind Wertpapiere mit Jaus- oder Gewinnanteilschein-Bogen bei einer Sparkasse, Bank oder Kreditgenossenschaft zu hinterlegen, da die Erwerbung der Ansiedlung oder Vermietung eines Wohnhauses nur durch die Sparkasse oder Banken oder Genossenschaften erfolgen kann.

Um den Inhabern von Wertpapieren frühere und bessere Gelegenheit zur Unterlegung zu gewähren, ist bei uns eine Unterlegungsstelle im Sinne des erlaubten Vertrages unter voller Datung unter Gemeinde für frühere Bezeichnung und sachgemäße Verwaltung des unterlegten Wertes einschließlich der Übertragung der Auslösung eingerichtet worden.

Die Annahme, Verarbeitung und Verwaltung des Wertpapiers sowie Einlösung der Ansiedlung erfolgt für unsre Kunden bis auf weiteres ohne jedes Entgelt.

Die Inhaber wird eine Gebühr verrechnet, die jedoch den bei andern Stellen glichen Vergütungssatz für Unterlegung übersteigt.

Gemeindeverbandssparkasse Gittersee.

Gittersee, Vor. Müller, Präs.

XII.

Max Guhr, Gemeindeschreiber.

Abfertigungsbekanntmachung der Finanzen

über Wohnungen gegen die Kapitalmarkt vom 24. Oktober 1919 sind Wertpapiere mit Jaus- oder Gewinnanteilschein-Bogen bei einer Sparkasse, Bank oder Kreditgenossenschaft zu hinterlegen, da die Erwerbung der Ansiedlung oder Vermietung eines Wohnhauses nur durch die Sparkasse oder Banken oder Genossenschaften erfolgen kann.

Um den Inhabern von Wertpapieren frühere und bessere Gelegenheit zur Unterlegung zu gewähren, ist bei uns eine Unterlegungsstelle im Sinne des erlaubten Vertrages unter voller Datung unter Gemeinde für frühere Bezeichnung und sachgemäße Verwaltung des unterlegten Wertes einschließlich der Übertragung der Auslösung eingerichtet worden.

Die Annahme, Verarbeitung und Verwaltung des Wertpapiers sowie Einlösung der Ansiedlung erfolgt für unsre Kunden bis auf weiteres ohne jedes Entgelt.

Die Inhaber wird eine Gebühr verrechnet, die jedoch den bei andern Stellen glichen Vergütungssatz für Unterlegung übersteigt.

Gemeindeverbandssparkasse Gittersee.

Gittersee, Vor. Müller, Präs.

XIII.

Max Guhr, Gemeindeschreiber.

Abfertigungsbekanntmachung der Finanzen

über Wohnungen gegen die Kapitalmarkt vom 24. Oktober 1919 sind Wertpapiere mit Jaus- oder Gewinnanteilschein-Bogen bei einer Sparkasse, Bank oder Kreditgenossenschaft zu hinterlegen, da die Erwerbung der Ansiedlung oder Vermietung eines Wohnhauses nur durch die Sparkasse oder Banken oder Genossenschaften erfolgen kann.

Um den Inhabern von Wertpapieren frühere und bessere Gelegenheit zur Unterlegung zu gewähren, ist bei uns eine Unterlegungsstelle im Sinne des erlaubten Vertrages unter voller Datung unter Gemeinde für frühere Bezeichnung und sachgemäße Verwaltung des unterlegten Wertes einschließlich der Übertrag

Sonntags den 15. November 1919

Dresdner Volkszeitung

Seite

Soz. Verein für den 6. Kreis:

Die in die Bezirksversammlung der Amtshausmannschaft Dresden-A. kommen Vertreter vom und zu einer beruflichen Versammlung d. sozialen Kreises am Mittwoch den 19. November (Ruhetag), vormittags Stunde 10, Uhr im Volkswohnsaal, Thubautengasse nicht Vollstau!

Bezirk Schmiedeberg. Freitagsabend Versammlung im Restaurant "Zug", Mitternacht, zweite Etage. Tischchenkosten und Getränke erfreuen nachmittags 4 Uhr im Restaurant "Königstein", 16, Zweckstrasse. Eintrittskosten je 10 Pfennige pro Person.

Bezirk Schmiedeberg. Freitagsabend Versammlung im Restaurant "Zug", Mitternacht, zweite Etage. Tischchenkosten und Getränke erfreuen nachmittags 4 Uhr im Restaurant "Königstein", 16, Zweckstrasse. Eintrittskosten je 10 Pfennige pro Person.

Deutscher Metallarbeiterverband

DRESDEN UND UMGEGEND
SCHÖZENPLATZ 20 FERNRUF 15073
SONNTAG: 8-1, 14-6 UHR SONNABEND: 19-2 UHR

Oblöste der Arbeiterausschüsse: Dienstag den 19. November 1919, abends 7 Uhr, im Kleinen Saal des Reichsgerichts, Kleine Straße, 10. Zeigt: Vergleichung: Die Ausgangssituation des Landes; Überlagerungen.

Brauchen-Versammlungen

Werkzeugmacher: Dienstag den 19. November 1919, abends 7 Uhr, im Volksbau, Saal 1. Vorlesung des Berufsvereins Standort über Sozialpolitik.

Schmiede: Dienstag den 19. November 1919, abends 7 Uhr, im Werkzeugmachersaal, 10, Zweckstrasse. Vergleichung: Der Zolltarif im Innern. Alle Kosten der Werkzeugmacher und Untergründler werden zu zehntausend Gulden umgestellt.

Graveure: Sonnabend den 20. November 1919, neun Uhr, im Volksbau, Saal 2 u. 3.

Zur Unterzeichnung der folg. 8 Wahlen in folgenden Kammern befinden Berliner Metallarbeiter gegen Strichmännchen zu 10,- u. 45,- auszugeben. Die Wahlen werden unveröffentlicht. Für die sozialen Betriebsräte gegen Strichmännchen auf der orangefarbenen Tafel, Preis 10,-, zu entrichten und für lebenslange Lohn, Preis 10,-, zu entrichten. Eintrittskosten werden durch die Betriebsräte bezahlt. Eintrittskosten und in den Kreisen 5,-.

Die heutwendenden Ausgaben der Wölfe und die bei den Schätzungen in Frage kommenden Materialien bedingen eine Trennung des Schätzungsdatums vom 16. Juni 1919.

Der nachfolgende Tarif, den sich die gesetzliche Versammlung am 16. November 1919 in Dresden, am 1. November 1919.

Der Rat zu Dresden, Verhandlungsausschuss.

Stadtteil

